



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V.

Stand vom 31.03.2026 17:40:35 bis 01.04.2026 09:48:12

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000257
Ersteintrag:	02.02.2022
Letzte Änderung:	31.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Obentrautstraße 55 10963 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493020621860 E-Mail-Adressen: politik@bvdw.org Webseiten: www.bvdw.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

310.001 bis 320.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,72

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Carsten Rasner**
Funktion: Geschäftsführender Vorstand
2. **Dirk Freytag**
Funktion: Präsident
3. **Dr. Moritz Holzgraefe**
Funktion: Vize-Präsident
4. **Thomas Duhr**
Funktion: Vize-Präsident
5. **Julian Simons**
Funktion: Vize-Präsident
6. **Anke Herbener**
Funktion: Vize-Präsidentin
7. **Corinna Hohenleitner**
Funktion: Vize-Präsidentin
8. **Eva Werle**
Funktion: Vize-Präsidentin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (10):

1. **Katharina Czarnian**
2. **Janek Kuberzig**
3. **Katharina Jäger**
4. **Timo Weigl**
Tätigkeit bis 03/23:
Referent Online-Kommunikation und Soziale Medien
für eine Fraktion/eine Gruppe im Deutschen Bundestag
5. **Daphne van Doorn**
6. **Philipp Hagen**
7. **Fabian Miller**
8. **Carsten Rasner**
9. **Dirk Freytag**
10. **Dr. Moritz Holzgraefe**

Gesamtzahl der Mitglieder:

728 Mitglieder am 30.06.2025, davon:

168 natürliche Personen

560 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. Mittelstandsallianz des Bundesverband mittelständische Wirtschaft Unternehmerverband Deutschlands (BVMW) e. V.
2. Initiative D21 e.V.
3. IAB Europe
4. Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) e.V.
5. fragFINN e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (18):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Meinungs- und Pressefreiheit; Urheberrecht; Werbung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) e.V. konstituiert sich aus Organisationen und Unternehmen, die digitale Geschäftsmodelle in Deutschland betreiben oder deren Wertschöpfung auf dem Einsatz digitaler Technologien in Deutschland beruht. Die Grundlage für diese Wirtschaft ist die intelligente Verbindung von Daten und Kreativität bei gleichzeitig maßgeblicher Orientierung an ethischen Prinzipien. Als Impulsgeber, Wegweiser und Beschleuniger digitaler Geschäftsmodelle vertritt der BVDW die Interessen der Digitalen Wirtschaft gegenüber Politik und Gesellschaft.

Um die Rahmenbedingungen für seine Mitglieder zu verbessern, unterhält der BVDW einen Dialog mit den demokratischen Fraktionen und Gruppen im Deutschen Bundestag. Mithilfe von Positionspapieren informieren wir über Herausforderungen und Potenziale der deutschen Digitalwirtschaft.

Des Weiteren vernetzt der Verband seine Mitglieder mit Politikerinnen und Politikern und weiteren Stakeholdern, um den direkten Dialog zu fördern. Es werden Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Stellungnahmen und Gutachten veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung und Bundesministerien übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (8)

1. Verbindlichkeit der Entscheidungen der Datenschutzkonferenz durch Änderung des BDSG

Beschreibung:

Ermöglichung der Datenschutzkonferenz (DSK) verbindliche Entscheidungen treffen zu können, um eine einheitlichere Anwendung und Durchsetzung der DSGVO in Deutschland zu verbessern.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Etablierung einer praxinahen behördlichen Aufsichtsstruktur für den EU Data Act

Beschreibung:

Schaffung einer praxistauglichen und chancenorientierten behördlichen Aufsichtsstruktur, um die Pflichten aus dem EU Data Act national anwenden und durchsetzen zu können.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2998 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/2854 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 über harmonisierte Vorschriften für einen fairen Datenzugang und eine faire Datennutzung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie (EU) 2020/1828

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

3. Etablierung einer praxinahen behördlichen Aufsichtsstruktur für den EU AI Act

Beschreibung:

Schaffung einer praxistauglichen und chancenorientierten behördlichen Aufsichtsstruktur, um die Pflichten aus dem EU AI Act national anwenden und durchsetzen zu können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4594 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 - (Gesetz zur Durchführung der Verordnung über künstliche Intelligenz)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2405230010 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. Etablierung einer praxinahen behördlichen Aufsichtsstruktur für die EU TTPW-Verordnung

Beschreibung:

Schaffung einer praxistauglichen und chancenorientierten behördlichen Aufsichtsstruktur, um die Pflichten aus der EU-Verordnung über Transparenz und Targeting politischer Werbung (TTPW) national anwenden und durchsetzen zu können.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4089 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz - PWTG)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603310205 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.02.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Praxistauglicher digitaler Verbraucherschutz

Beschreibung:

Im Bereich des digitalen Verbraucherschutzes drängt der BVDW auf die Ausgestaltung einer praxisnahen und effektiven Verbraucherschutzregulierung im digitalen Raum - sowohl für Verbraucher*innen als auch für Unternehmen. Es bedarf keiner neuen Gesetze in diesem Bereich, stattdessen sollten bestehende gesetzliche Verpflichtungen konsequenter und praxisnäher um- und durchgesetzt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

UWG 2004 [alle RV hierzu]; DDG [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2512150029 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

2. SG2512150030 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

6. Etablierung einer chancenorientierten Datenkultur in Deutschland

Beschreibung:

Der BVDW wirbt für die Etablierung einer chancenorientierten Datenkultur, um die Nutzung von Daten in Deutschland positiv zu besetzen. Daten sind der zentrale Schlüssel, um die gemeinsamen Herausforderungen Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Transformation und Arbeit der Zukunft zu meistern.

Betroffenes geltendes Recht:

BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#); Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2411200021](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2512150006](#) (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

7. [Anpassung der KI-Verordnung im Rahmen des Digital Omnibus für mehr Praxistauglichkeit](#)

Beschreibung:

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) begrüßt, dass die Europäische Kommission mit dem Digital Omnibus für KI gezielte Anpassungen an der KI-Verordnung (EU) 2024/1689 vorschlägt. Viele Elemente gehen in die richtige Richtung – insbesondere Vereinfachungen, Entlastungen für KMU, zusätzliche Rechtsgrundlagen zur Bias-Mitigation und der Ansatz einer harmonisierten Governance. Gleichzeitig bleibt der Vorschlag in seiner jetzigen Form an zentralen Stellen inkonsequent, erzeugt neue Rechtsunsicherheiten und adressiert mehrere für die Digitale Wirtschaft essenzielle Fragen nicht oder nur unzureichend.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2512150031](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.12.2025 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)**Bundesregierung**Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)2. **SG2603310225** (PDF - 6 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 08.01.2026 an:

BundesregierungBundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)8. **Anpassung der DSGVO und ePrivacy-RL im Digital Omnibus für mehr Rechtssicherheit und Praxistauglichkeit****Beschreibung:**

Der Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) fordert den Vorschlag der Europäischen Kommission im Digital Omnibus zur DSGVO zur Klarstellung des relativen Personenbezugs, zur materiellen Ausgestaltung der Pseudonymisierung, zur Schaffung einer tragfähigen Rechtsgrundlage für KI-Verarbeitung und zur Vereinheitlichung bestimmter Dokumentations- und Meldepflichten stringent zu verfolgen.

Gleichzeitig muss der Anspruch des Digital Omnibus auf Vereinfachung und Entlastung durch die geplanten Regelungen zu Endgerätezugriffen (Art. 88a) und maschinenlesbaren Signalen (Art. 88b) besser eingelöst werden.

Interessenbereiche:Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#)**Stellungnahmen/Gutachten (3):**1. **SG2512150032** (PDF - 14 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 12.12.2025 an:

BundestagFraktionen/Gruppen [\[alle SG dorthin\]](#)Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)**Bundesregierung**Bundesministerium des Innern (BMI) [\[alle SG dorthin\]](#)Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2603310207 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

3. SG2603310218 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)

[alle SG dorthin]

Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Heinemannstraße 2, 53175 Bonn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Einzelplan 30, Kapitel 04, Titel 68320, Haushaltsjahr 2023, für das Vorhaben Förderkennzeichen 16KIS1971.

Das Forschungsprojekt „Sicher im Datenverkehr“ (SID) untersucht die Risikowahrnehmungen von Internetnutzer*innen, um auf dieser Grundlage verständlichere und somit effektivere Informationsmechanismen zu entwickeln. Nutzer*innen sollen so dazu befähigt werden, möglichst intuitiv souveräne Entscheidungen über die Verarbeitung ihrer individuellen Daten zu treffen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

2.410.001 bis 2.420.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[BVDWeV_JA_2024.pdf](#)